

2. Ausgabe

25. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 25. Juni 1919. Nr 264.

Das Budget im Stadtrat. In der gestrigen Sitzung stellte StR. Sirotek bei der Frage der Wiederinstandsetzung der vom Militär benützt gewesenen Schulen das Verlangen, die solcherart freiwerdenden Schulgebäude für tschechische Schulkinder zu bestimmen. Der Referent StR. Breitner widersetzte, dass der Minoritätenschutz, zu dem auch die Schulfrage gehöre, seine

Regelung gelegentlich des Friedensvertrages finden werde. Von diesen Bestimmungen, vor allem Anderen aber von der Behandlung, welche die deutschen Minoritäten im tschechischen Gebiete finden werden, werde die Haltung der Gemeinde Wien in dieser Frage abhängen. Es empfehle sich daher nicht, jetzt schon nach irgend einer Richtung hin präjudizierende Beschlüsse zu fassen.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates wurde die Beratung des Hauptvoranschlags für das Verwaltungsjahr 1919/20 fortgesetzt. Zur Beratung gelangten die Gruppen über Gemeindefürsorge, Sicherheitswesen, öffentliche Arbeiten, Markt- und Approvisionierungswesen, Sanitätswesen, Armen- und Wohlfahrtswesen und Kultusangelegenheiten. Bei der Gruppe Sicherheitswesen beantragte StR. Speiser, die Einholung eines Beschlusses der Landesversammlung auf Erhöhung des zweiprozentigen Beitrages der Feuerversicherungsgesellschaften für Erhaltung der Feuerwehr und begründete diesen Antrag mit der Tatsache, dass die Feuerversicherungsgesellschaften aus der hervorragenden Mächtigkeit der Wiener Feuerwehr bedeutend im Nutzen schöpfen. Die Gruppe öffentliche Arbeiten gab den Anlass zu einer längeren Debatte über Strassensäuberung. Die Redner beider Parteien waren einig in dem Wunsche, dass das Stadtbauamt in allernächster Zeit mit Vorschlägen über die Reformierung der Strassensäuberung an den Stad- und Gemeinderat herantreten möge. Bei den Strassenpflasterungen und Kanalarbeiten wurden von einer grossen Anzahl von Stadträten Wünsche der einzelnen Bezirke vorgebracht. Bei der Beratung über die Gruppe stellte StR. Müller(17) einen Antrag auf Vergesellschaftung des Pflasterergewerbes; der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Verwaltungsgruppe über Markt- und Approvisionierungswesen war der Gegenstand einer langdauernden Beratung, während welcher StR. Kokrda einen Magistratsantrag auf Erhöhung der Markt-, Lagerhaus- und Schlachthausgebühren dem Stadtrate vorlegte. Der Antrag, welcher eine

100 bis 400 %ige Erhöhung vorsieht, wurde, nachdem die christlich-sozialen Stadträte sich für eine geringere Erhöhung ausgesprochen hatten, mit den Stimmen der Mehrheit angenommen. StR. Körber beantragte die Schaffung eines städtischen Ausschusses zur Behandlung der Versorgungsfragen und Beschaffung von Lebensmitteln.

Die Gruppe Sanitätswesen wurde mit einer längeren Debatte über die Tuberkulosenfürsorge eingeleitet, in der sich StR. Dr. Grün hauptsächlich für eine bedeutende Vermehrung der für die Tuberkulosenfürsorge zur Verfügung stehenden Spitalsbetten aussprach. StR. Amalie Seidl beantragte die Einstellung einer Post von 50.000 Kronen für die Errichtung eines Krematoriums. Bei der Post Bäder beantragte StR. Müller(12) die Errichtung eines Volksbades in Meidling und StR. Rummelhart die Errichtung eines Bades im 18. Bezirk. Beide Anträge wurden bei der Abstimmung abgelehnt.

Die Gruppe Armen- und Wohlfahrtswesen wurde ohne weitere Debatte angenommen. StR. Bruner stellte bei dieser Gelegenheit den Antrag, die Pfründen, zu welchen bereits ein 50 % iger Teuerungszuschlag vor zwei Jahren gewährt wurde, neuerlich um 50 % zu erhöhen. Der Antrag, für den sich Bürgermeister Reumann wärmtens einsetzte, wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Bei der Gruppe Kultusangelegenheit entfesselte die Postauslagen für Frohnleichnamfeierlichkeiten, für welche 23.000 Kronen eingesetzt waren, eine äusserst lebhafte Wechselrede. StR. Iser beantragte die Streichung dieser Post, wogegen die christlichsozialen Stadträte heftigen Widerspruch erhoben. Bei der schliesslichen Abstimmung wurde der Antrag Iser mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Tschechen Sirotek angenommen.

Die Beratung über den Hauptvoranschlag wird morgen Donnerstag um 9 Uhr früh im Stadtrate fortgesetzt.

Subvention für die Urania. In der heutigen Stadtratsitzung wurde nach einem Antrage des StR. Speiser der Wiener Urania eine Subvention von 15.000 Kronen bewilligt.